Gesetz- und Verordnungsblatt

für die

evangelisch-lutherische Kirche

des

Landesteils Oldenburg

im Freistaat Oldenburg.

IX. Band. (Ausgegeben den 6. Mai 1921.) 12. Stück.

Inhalt:

- N*º 46. Erlaß vom 27. April 1921, betreffend die Aufgaben der Kirchenräte.
- N*º 47. Erlaß vom 27. April 1921, betreffend die Verwaltung unbesezier Pfarrestellen.
- N*º 48. Erlaß vom 28. April 1921, betreffend Änderung des Vorschlags der Zentralkirchenkasse.
- N*º 49. Bekanntmachung vom 28. April 1921, betreffend Glocken und Orgelpfeifen.
- N*º 50. Bekanntmachung vom 28. April 1921, betreffend Wiederanschaffung von Kirchenglocken.
- N*º 51. Bekanntmachung vom 28. April 1921, betreffend Schaffung von Volks- und Jugendbibliotheken.
- N*º 52. Bekanntmachung vom 30. April 1921, betreffend Auskunft der Standesämter über die Religionszugehörigkeit.
- N*º 53. Bekanntmachung vom 30. April 1921, betreffend Dienstaufwand der Pfarrer.
- Nachrichten.

*N*º 46.

Erlaß, betreffend die Aufgaben der Kirchenräte.
Oldenburg, 1921 April 27.

Die Wahlen zum Kirchenrat auf Grund des neuen Verfassungsgesetzes haben stattgefunden; die neuen Kirchenräte haben bereits fast überall ihre Arbeit aufgenommen.

Bei Beginn dieser Tätigkeit sieht sich der Oberkirchenrat verpflichtet, darauf hinzuweisen, von welcher hoher Bedeutung die Arbeit der Kirchenräte ist, wenn die Bestimmungen der neuen Kirchenverfassung zur Ausführung kommen sollen.

Worauf hauptsächlich in den einzelnen Gemeinden bei der Wahl von Kirchenältesten gesehen worden ist, vermag der Oberkirchenrat nicht zu entscheiden. Es erscheint aber geboten, darauf aufmerksam zu machen, daß das neue Verfassungsgesetz noch stärker als das frühere den Kirchenräten zur Pflicht macht, die gesamte Arbeit des Pfarramtes mit Rat und Tat zu unterstützen. Bei der großen Tragweite, welche heutzutage die finanzielle Sicherung der Gemeinden für die planmäßige Fortführung der kirchlichen Arbeit hat, verkennt der Oberkirchenrat nicht, welche große Bedeutung die sachgemäße Verwaltung des Vermögensbestandes der einzelnen Gemeinde hat. Die Verantwortung ist in dieser Beziehung jetzt um so größer, als in den Gemeinden nicht mehr wie bisher zwei verschiedene Körperschaften in Frage kommen. Daneben aber darf der Oberkirchenrat erwarten, daß die Kirchenräte in allen ihren Mitgliedern sich angelegen sein lassen, an der Hand dessen, was das Verfassungsgesetz in § 31 an Aufgaben vorsieht, ernstlich zu prüfen, was bislang der Gemeinde fehlt und was verbessert werden muß, und in gemeinsamer Beratung Mittel und Wege ausfindig zu machen, von denen ein Erfolg zu erwarten steht. Frühere Landessynoden, Kreissynoden, Gemeindetage, freie Vereinigungen der verschiedensten Art wie auch die verfassungsgebende Landeskirchenversammlung selbst haben immer deutlicher hervortreten lassen, wie sehr die Arbeit des Pfarrers, die Dienstbereitschaft einzelner Kirchenältester oder anderer Gemeindeglieder der vollen Unterstützung des gesamten Kirchenrats bedarf, um in ganzem Umfange für die Gemeinde nutzbar zu werden. Die neue Kirchenverfassung hat die Selbstverwaltung der einzelnen Kirchengemeinde gegen

früher noch verstärkt. Dem Oberkirchenrat ist es ein dringendes Anliegen, daß die Kirchenräte im Rahmen der Selbstverwaltung mit verstärkter Hingabe daran arbeiten, daß die großen Nöte der Gegenwart von jedem einzelnen Kirchenältesten klar erkannt, und die bedeutsamen Aufgaben der Kirche vor allem durch die Glaubenskraft und die tatkräftige und verständnisvolle Liebe der berufenen Vertreter der Kirchengemeinde eine starke Förderung erfahren.

Odenburg, 1921 April 27.

Oberkirchenrat.

Dr. Tilemann.

K u f t.

N^o. 47.

Erlaß, betreffend die Verwaltung unbesetzter Pfarrstellen.

Odenburg, 1921 April 27.

§ 1.

Die Pfarrer, die eine vorläufig oder eine vorübergehend unbesetzte Pfarrstelle verwalten, erhalten für die aus Anlaß dieser Verwaltung gemachten Dienststreifen Tagegelde und Reisekosten.

§ 2.

Das Tagegeld bemißt sich nach denjenigen Bestimmungen, die für die höheren Beamten des Staates gelten.

§ 3.

Aus besonderen Gründen kann vom Oberkirchenrat ein geringerer Satz festgestellt werden.

§ 4.

Für dienstliche Wege innerhalb 2 km vom Wohnorte werden Tagegelde nicht bewilligt.

§ 5.

Die Vergütung der Reisekosten erfolgt nach den für die Beamten des Staates geltenden Bestimmungen.

§ 6.

Dieser Erlaß erhält Wirkung vom 1. Januar 1921 ab.
Oldenburg, 1921 April 27.

Oberkirchenrat.
Dr. Tilemann.

R u ft.

N^o 48.

Erlaß, betreffend Änderung des Voranschlags der Zentralkirchenkasse.
Oldenburg, 1921 April 28.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes vom 6. November 1920, betreffend das Dienst Einkommen für die Mitglieder und Beamten des Oberkirchenrats, und des § 11 des Dienst einkommensgesetzes für Pfarrer vom selben Tage wird infolge der Erhöhung der Teuerungszuschläge zu Gehalt, Ortszuschlag und Kinderzuschlag und der Veränderung von Ortsklassen im Voranschlage der Zentralkirchenkasse für das Jahr 1921 (Kirchengesetz- und Verordnungsblatt Band IX Seite 66 ff.)

1. im § 3 der Einnahmen die Zahl 1525000 in 1616600,
 2. im § 1 der Ausgaben die Zahl 141400 in 159000,
 3. im § 16 der Ausgaben die Zahl 40000 in 44500,
 4. im § 19 der Ausgaben die Zahl 930400 in 1000000
- geändert.

Oldenburg, 1921 April 28.

Oberkirchenrat.
Dr. Tilemann.

R u ft.

Nr. 49.

Bekanntmachung, betreffend Glocken und Orgelpfeifen.

Oldenburg, 1921 April 28.

Der durch die Ablieferung der Glocken und Orgelpfeifen entstandene Schaden ist den Gemeinden im Laufe der Zeit immer fühlbarer geworden.

Was die Glocken angeht, so ist zu erwarten, daß eine geringe Menge von Glockenmaterial von der Reichsmetallstelle gegen einen mäßigen Preis zurückgegeben werden wird. Der Oberkirchenrat wird zu gegebener Zeit das Nähere mitteilen. Im ganzen wird diese Menge für nur sehr wenige Glocken ausreichen. Es ist aber auch nicht wahrscheinlich, daß die Preise, die für neue Glocken angelegt werden müssen, in den nächsten Jahren sich sehr verringern werden. Unter diesen Umständen erscheint es nicht angemessen, die Wiederherstellung eines ausreichenden Geläutes länger hinauszuschieben, und der Oberkirchenrat empfiehlt den Kirchenräten, in den Voranschlägen für das neue Rechnungsjahr eine entsprechende Summe einzustellen.

Dasselbe gilt von der Wiederherstellung der Orgelprospekte. Während der Kriegsjahre und der nachfolgenden Zeit ist die Verunstaltung der Orgelprospekte nicht so stark empfunden worden. Es würde jedoch nicht angebracht sein, diesen Zustand, der dem Aussehen der Kirchen sehr nachteilig ist und jetzt wohl allgemein als nicht angemessen empfunden wird, noch länger bestehen zu lassen. Die Kirchenräte wollen daher Bedacht darauf nehmen, bei der Aufstellung der Voranschläge die nötigen Mittel vorzusehen und im laufenden Jahr die Wiederherstellung der Orgelprospekte zu betreiben.

Oldenburg, 1921 April 28.

Oberkirchenrat.

Dr. Tilemann.

R u f t.

Nr. 50.

Bekanntmachung, betreffend Wiederanschaffung von Kirchenglocken.

Oldenburg, 1921 April 28.

Um den Gemeinden bei der Wiederanschaffung von Kirchenglocken zur Hand zu gehen, ist bei dem Oberkirchenrat eine Glockenberatungsstelle eingerichtet worden. Es gehören ihr z. Bt. an die Herren:

Baurat Rauchheld in Oldenburg,

Pastor Schütte in Osterburg,

Dr. Wiffig, Organist und Chorleiter in Oldenburg,

Präsident Dr. Tilemann, Vorsitzender.

Indem der Oberkirchenrat unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom heutigen Tage die Kirchenräte auffordert, der baldigen Wiederherstellung eines ausreichenden Geläutes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, empfiehlt er, gegebenenfalls baldmöglichst bei der Glockenberatungsstelle sich Rats zu erholen.

Oldenburg, 1921 April 28.

Oberkirchenrat.

Dr. Tilemann.

R u f t.

Nr. 51.

Ausschreiben, betreffend Schaffung von Volks- und Jugendbibliotheken.

Oldenburg, 1921 April 28.

Der Verein „Freunde der Jugend e. B.“ unterhält seit dem Jahre 1919 im Jugendheim in Oldenburg eine Jugend- und Volksbibliothek, über deren Umfang und Zu-

sammensetzung ein eingehender Katalog Aufschluß gibt. Diese Bibliothek ist seit ihrem Bestehen zugleich zu einer Musterbibliothek für andere Gemeinden unserer Landeskirche geworden. Der Vorsitzende des Vereins, Pfarrer Hoyer, ist mehrfach gebeten, an der Hand dieser Bibliothek Aufklärung und Beratung zu geben. Vielfach wird auch Rat und Auskunft in Einzelfällen erbeten, namentlich vor Weihnachten und vor der Konfirmation, wenn es sich um Auswahl der Geschenkliteratur handelt. Alle diese Bitten haben mit der Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß bei dem Vorstande der Entschluß gereift ist, jährlich in Verbindung mit anderen auf diesem Gebiete erfahrenen Persönlichkeiten unseres Landes einen Wegweiser durch die für die heranwachsende reifere Jugend in Frage kommende Literatur herauszugeben, der alle bisher gemachten Erfahrungen und Studien verwertet, aber dabei auch die religiöse und spezifisch evangelische Literatur berücksichtigt. Da dies Unternehmen, das sehr zu begrüßen ist, mit erheblichen Unkosten verbunden ist, so bittet der Verein den Oberkirchenrat, den einzelnen Kirchengemeinden zu empfehlen, seine Arbeiten durch einen nennenswerten, der großen Teuerung auf dem Büchermarkt entsprechenden Beitrag zu unterstützen und die erforderlichen Mittel dafür in den Voranschlag einzustellen.

Der Verein verpflichtet sich, den ihn unterstützenden Gemeinden den „Wegweiser“ im Monat Oktober zuzusenden, Vertretern solcher Gemeinden seine Bibliothek gleichsam als Buchmuseum zur Besichtigung und zu eingehenden Studien jederzeit geöffnet zu halten und bei etwa beabsichtigter Einrichtung eigener Bibliotheken durch seine Organe behilflich zu sein.

Der Oberkirchenrat entspricht dieser Bitte gern; er empfiehlt deshalb den Kirchenräten, noch in diesem Jahre den erbetenen Beitrag flüssig zu machen, zugleich aber auch

in Anlaß dieser Bewilligung die Schaffung einer guten Volks- und Jugendbibliothek an der Hand des Katalogs in Angriff zu nehmen.

Oldenburg, 1921 April 28.

Oberkirchenrat.

Dr. Tilemann.

R u ft.

Nr. 52.

Bekanntmachung, betreffend Auskunft der Standesämter über die Religionszugehörigkeit.

Oldenburg, 1921 April 30.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes über den Personenstand vom 11. Juni 1920 fallen in den Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden die Angaben über die Religion weg. Um die Fortführung der in den Ländern bestehenden religionsstatistischen Erhebungen für die Zukunft sicherzustellen, und zugleich die berechtigten Interessen der Religionsgesellschaften zu wahren, insbesondere ihnen die Übersicht über ihre Mitglieder auch weiterhin zu wahren, haben die Standesbeamten nach § 82a des Personenstandsgesetzes statistische Erhebungen auch über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft vorzunehmen. Auskunft aus religionsstatistischen Erhebungen ist nur den betreffenden Religionsgesellschaften zu gewähren.

Um im Einzelfall jederzeit auf dem kürzesten Wege den Religionsgesellschaften über die Religion der Eltern, der Verlobten oder eines Verstorbenen Auskunft erteilen zu können, ist nach einer Verfügung des oldenburgischen Ministeriums der Justiz vom 25. Januar 1921 von den Standesbeamten

künftig bei jeder Beurkundung eines Geburts-, Eheschließungs- oder Sterbefalls in den zu führenden alphabetischen Namensverzeichnissen die Religion der betreffenden Personen zu vermerken. Die Formulare zu den alphabetischen Namensverzeichnissen werden zu dem Zwecke mit einer besonderen Spalte für die Eintragung der Religion versehen.

Die Pfarrämter sind daher nach wie vor in der Lage, die erforderlichen Auskünfte über die evangelische Religionszugehörigkeit der Geborenen, Eheschließenden — hier besonders bei den Mischehen — sowie der Verstorbenen bei den Standesämtern einzuholen.

Oldenburg, 1921 April 30.

Oberkirchenrat.
Dr. Tilemann.

R u f t.

N^o 53.

Bekanntmachung, betreffend Dienstaufwand der Pfarrer.

Oldenburg, 1921 April 30.

Unter Bezugnahme auf § 34 des Reichseinkommensteuergesetzes ordnet der Oberkirchenrat hiermit an, daß von dem Gehalt für das Jahr 1920 der Betrag von 2000 *M* Dienstaufwand ist.

Indem der Oberkirchenrat die Frage einer Abstufung des Dienstaufwandes für die Zukunft in Erwägung zieht, empfiehlt er den Herren Pfarrern, in der Veranlagung zur Reichseinkommensteuer unter VI — Gesetzliche Abzüge — Ziffer 8 den Betrag von 2000 *M* einzusetzen.

Oldenburg, 1921 April 30.

Oberkirchenrat.
Dr. Tilemann.

R u f t.

Nachrichten.

Der Pastor Rodiek in Großenmeer ist am 24. März 1921 gestorben.

Eingeführt sind:

- der Pfarrer Derfs am 3. April 1921 in das Pfarramt zu Neuenhuntorf,
 der Pfarrer Logemann am 1. Mai 1921 in das Pfarramt zu Schweiburg.

Es sind zum 1. Mai 1921 ernannt worden:

1. der prov. Assistenzprediger Duwe in Oldenburg zum prov. Hilfsprediger in Zwischenahn,
2. der prov. Assistenzprediger Bamberger in Oldenburg zum prov. Hilfsprediger in Ohmstede,
3. der prov. Hilfsprediger Dede in Osternburg zum prov. Assistenzprediger in Oldenburg.

Das tentamen pro licentia concionandi haben am 8. April 1921 bestanden die Kandidaten der Theologie Karl Bergstrand aus Strückhausen und Rudolf Schwarze aus Braunschweig.

Der Kandidat der Theologie Bergstrand ist mit dem 1. Mai 1921 zum prov. Assistenzprediger in Oldenburg ernannt worden.

Der verstorbene Rentner W. Ulbers in Oldenburg hat der kirchlichen Armenpflege in Esenshamm 500 M testamentarisch vermacht.

Die Pfingstkollekte 1920 hat erbracht 5657,97 *M.*
Dieser Betrag ist wie folgt verteilt:

1. an das Kollegium der Evangelisch-lutherischen Mission in Leipzig . . . 1000,—
2. an den Allgemeinen Evangelisch-Protestantischen Missionsverein in Berlin 1000,—
3. an die Rheinische Missionsgesellschaft in Barmen 300,—
4. an die Norddeutsche Missionsgesellschaft in Bremen 3357,97

zuf. wie vorstehend 5657,97 *M.*

Die Kirchenkollekte am Reformationsfest 1920 zum Besten des Gustav-Adolf-Vereins hat erbracht 3169,38 *M.*

Dieser Betrag ist an den Vorstand des Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung abgeliefert worden.

Den Kirchenräten bzw. Pfarrern sind folgende Rundschreiben zugegangen:

Datum:	Inhaltsangabe:
18. März 1921	Anleihen der Kirchengemeinden.
30. März 1921	Pfarreinkommen und Erhöhung der Pachtpreise für Dienstländereien.
12. April 1921	Gedächtnis der Kaiserin im Gottesdienst am 17. April.

Zu dem am 30. März 1921 sämtlichen Kirchenräten zugegangenen Ausschreiben betr. Pfarreinkommen wird bemerkt, daß die Angabe, daß der Staat für 1920/21 das sechsfache der normalen Friedenspacht fordert, so zu verstehen ist, daß dieser Preis für das von November 1920 bzw. Mai 1921 laufende Pachtjahr zu gelten hat.